

Antrag 37/II/2021**AfB Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Freie Schulen – gerecht finanziert und für alle Kinder offen**

1 Schulen in freier Trägerschaft müssen laut Grundgesetz
2 für alle Kinder unabhängig von den Einkommensverhältnissen
3 ihrer Eltern effektiv zugänglich sein (Sonderungsverbot).
4 Dafür kämpfen wir im Rahmen unseres Einsatzes für eine
5 gerechtere Bildungslandschaft in Berlin und schaffen die
6 Voraussetzungen – durch eine Finanzierung und die
7 Staffelung von Schulgeldern entsprechend dem verfügbaren
8 Einkommen der Familien – damit der Schulbesuch in Berlin,
9 ganz egal wo, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.
10 Folgende Punkte sind für uns für die Reform zentral:

11

12

13 1. Die Regelung im Koalitionsvertrag von 2016, nach
14 der Schulen, die viele Kinder aus einkommenschwächeren
15 Familien aufnehmen und Inklusion umsetzen, höhere
16 Zuschüsse erhalten, Schulen mit einer hohen
17 Sonderung aber weniger, muss umgesetzt werden. Bei
18 Schulen mit einer hohen Sonderung und hohen
19 Schulgebühren (und entsprechend hohen
20 Eigeneinnahmen) sollte die staatliche Unterstützung
21 weitgehend zurückgefahren werden.

22 2. Es braucht eindeutige rechtliche Vorgaben in Form
23 einer Schulgeldhöchstbetragstabelle (entsprechend
24 Tageskostenbetreuungsgesetz), die den Zugang zu
25 Schulen in freier Trägerschaft für alle Einkommensgruppen
26 sicherstellen.

27 3. Die Aufsicht und Beratung von Schulen in freier
28 Trägerschaft innerhalb der Senatsverwaltung für
29 Bildung muss personell und inhaltlich gestärkt
30 werden.

31 4. Schulen in freier Trägerschaft, die eine vergleichbare
32 soziale Durchmischung wie die öffentlichen Schulen
33 im Umfeld (im Durchschnitt) haben, das
34 Sonderungsverbot einhalten, ihr Personal tarifgebunden
35 bezahlen und sich den gleichen Qualitäts- und
36 Leistungsindikatoren stellen, wie öffentliche
37 Schulen sollen in ähnlicher Weise wie staatliche
38 Schulen Zugang zu öffentlichen Förderungen erhalten.

39

40

41 Begründung

42 Die lang angekündigte Reform der Finanzierung und
43 Regulierung von Schulen in freier Trägerschaft muss in
44 dieser Legislaturperiode endlich umgesetzt werden. Wir
45 nehmen nicht hin, dass dieser zentrale Bestandteil der
46 ursprünglich geplanten Novelle des Schulgesetzes
47 nicht umgesetzt wurde und bekräftigen dabei unsere
48 Beschlusslage zu den Anträgen 44/II/2017 und 86/I/2018. Dafür Sorge

49 zu tragen, dass die Finanzierung und Regulierung von Er-
50 satzschulen in der kommenden Legislaturperiode neu ge-
51 regelt wird, sehen wir als zentrale Aufgabe der sozialde-
52 mokratischen Mitglieder des Senates und Abgeordneten-
53 hauses.